

■ Kompakt

Rundfunkbeitrag – Baugewerke fordern Nachbesserung

Am 18. Juni entscheiden die Ministerpräsidenten über die Nachjustierung des Rundfunkstaatsvertrages. Hintergrund für die Beratungen sind u.a., dass sich nach dem vorläufigen Jahresabschluss des Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio aufgrund des neuen Rundfunkbeitrages für die Periode 2013 bis 2016 Mehrerträge von insgesamt 1,5 Milliarden Euro ergeben hätten. Bei baugewerblichen Unternehmen führt aber die neue Beitragspflicht für betriebliche Kraftfahrzeuge – unabhängig davon, ob ein Empfangsgerät im Kfz vorhanden ist oder nicht – zu einer deutlich höheren finanziellen Belastung als früher. Der Baugewerbe-Verband fordert daher, auf die Einbeziehung von gewerblichen Fahrzeugen bei der Beitragserhebung zukünftig zu verzichten, um die Mehrbelastung im Bereich der kleinen und mittelgroßen Betriebe abzusenken.